

Wer will denn noch alles mitreden? Großprojekte und Bürgerbeteiligung

Vortrag vor dem Hamburger Städtebauseminar am 16.2.11
(Kurzmanuskript)

Einleitung: Ende der Basta-Politik?!

Das offizielle Motto der Weltausstellung in Chicago 1933 lautete: „Die Wissenschaft findet – die Technik wendet an – der Mensch passt sich an.“ Diese autoritäre Wissenschafts-, Technik- und Expertengläubigkeit von damals erscheint heute weitgehend passé, aber ganz vorbei ist sie nicht: Die Unwort-des-Jahres-Jury hat gerade in den letzten Tagen das „Unwort 2010“ gekürt: „alternativlos“. Sie argumentiert „Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe.“ Und wie der Deckel zum Topf passt dazu das schon vor einigen Wochen gekürte „Wort des Jahres“: „Wutbürger“. Sichtbarsten Ausdruck erhält diese so verbalisierte Stimmungslage natürlich in den teilweise gewalttätigen Geschehnissen rund um die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs mit der Schlichtung durch Heiner Geissler. Von manchen wird diese Schlichtung mit dem Ergebnis „Stuttgart 21 plus“ als Lösung des Problems gesehen, andere bezweifeln dies.

Wer hier eine Lösung sieht, für den liegt der Fall wie folgt: Es hat bisher alle gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungen gegeben; dass jetzt Stuttgart 21 plus kommt, ist ein Entgegenkommen gegenüber den Proteststimmen; außerdem wird auch weiterhin die Bevölkerung durch Informationen am Fortgang des Projekts beteiligt. Und irgendwann muss eben auch einmal eine eindeutige Entscheidung zustande kommen und dann durchgezogen werden.

Ganz anders diejenigen, die keine Lösung, vielleicht bestenfalls eine Zwischenlösung im Schlichtungsspruch Geisslers sehen: Von Beginn der Planung an wurden alle Einwände, die es sofort gab, durch formale Prozeduren zurückgedrängt und nur in einem Expertenaustausch die Planungen weiter getrieben. Jetzt stellen sich Mängel und Kostenexplosion heraus, trotzdem soll der grundlegende Plan (Tieferlegung des Bahnhofs) durchgezogen werden. Zudem haben bei der Schlichtung nur wenige, die insgesamt zur politischen Elite gehören, mitgewirkt. Der Großteil der Protestierer blieb außen vor. Die einzige Übereinstimmung zur Gegenseite liegt darin, dass es Geissler gelungen ist, die Gewalttätigkeit auf beiden Seiten erst einmal abzubauen.

Der entscheidende Unterschied aber zwischen beiden Positionen ist der, dass die eine Seite ein solches Großprojekt befürwortet (aus welchen Gründen nun auch immer), die andere Seite aber ablehnt als massiven Eingriff in die Lebenswelt, der nur durch die Bevölkerung selbst und nicht durch Planer, wissenschaftliche, technische Eliten usw. legitimiert werden kann. Hier sehen wir also den größten Unterschied vom o.g. Weltausstellungsmotto.

Wenn aber von der Befürworter-Seite gesagt wird, dass doch die formalen Mitspracherechte und Einwendungsmöglichkeiten im Falle von Stuttgart 21 gegeben gewesen seien, dann ist dies wohl richtig, übersieht aber den gewichtigen Punkt, dass diese sich nur nachträglich auf ein in der Grundrichtung bereits festgelegtes Projekt beziehen konnten. Wer aber hat die

Grundrichtung legitimiert? Hier kommt nun eine demokratiethoretische Frage in den Blick: Können diese Legitimation unsere gewählten Repräsentanten, unsere Abgeordneten, leisten? Von der verfassungsrechtlichen Seite her sicherlich; in der Bevölkerung aber gibt es immer stärkere Bewegung in eine Richtung, die so enttäuscht ist von den Parteien und Politikern, dass sie solche Entscheidungen nicht mehr nur dort belassen, sondern in die eigenen Hände nehmen will. Stichworte wie Parteien- und Politikerverdrossenheit, Abhängigkeit der Politiker von (zumeist ökonomisch) starken Interessengruppen, schlagwortartig zusammengefasst unter dem Etikett „Entwicklung hin zur Postdemokratie“ mögen hier genügen.

Noch die beste Information der Bevölkerung über solche Projekte genügt dieser Seite nicht mehr, ganz im Gegenteil: Je größer Glanz und Pomp einer durchgeführten Informationskampagne sind, desto mehr vermuten diese Menschen, dass sie als Objekte einer Werbekampagne missbraucht werden.

Die andere Seite hat aber auch triftige Argumente dafür, Entscheidungen über solche Großprojekte den gewählten Repräsentanten und den Fachleuten zu überlassen, weil die Forderung nach Basisdemokratie auch als Fassade entlarvt werden könnte, hinter der Menschen nur ihre sehr egoistischen Ansprüche verstecken: St. Florians-Prinzip bzw. nimby-Prinzip („not in my backyard“) bzw. Durchsetzung der eigenen individuellen Interessen auf Kosten anderer, aber unter Berufung auf das Gemeinwohl.

Meine zentrale These für diesen Vortrag

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung will ich meine These für dieses Referat vortragen:

Großprojekte im öffentlichen Raum werden in Zukunft nur noch eine Chance haben, mit vertretbaren finanziellen und zeitlichen Kosten realisiert zu werden, wenn in einem möglichst frühen Stadium der Planung und Entscheidung möglichst viele betroffene Menschen in eben diese Planung und Entscheidungsprozesse einbezogen und aufgefordert werden, sich in geeigneter Weise zu Wort zu melden und Einfluss zu nehmen.

Für die möglichst frühe Einbeziehung spricht, dass sich die Experten-Sichtweisen noch nicht so etabliert haben, dass Alternativplanungen immer unwahrscheinlicher, sie also immer „alternativer“ werden und zudem den Laien der Zugang zu den Problemen erschwert wird. Die frühe allgemeine Information beugt zudem dem Verdacht vor, die Öffentlichkeit oder bestimmte Teile von ihr sollten überfahren werden. An der öffentlichen Reaktion wird sich zeigen, ob und in welcher Intensität Kontroversen zu erwarten sein werden.

Möglichst alle von Planungs- und Entscheidungsprozessen betroffenen Menschen müssen Beteiligungsmöglichkeiten erhalten, dabei ist dieser Personenkreis eher umfangreicher anzusetzen als zu klein. Denn er bringt die Pluralität von Werten und die weitgefächerte Expertise der betroffenen Lebenswelt in die Debatte ein.

Es ist aus Erfahrung nachteiliger, wenn Menschen sich von sich aus Zugang zu solchen Prozessen verschaffen müssen als wenn zur Teilnahme eingeladene Bürger kein Interesse an diesen Problemen zeigen. Eine nicht zu kleine Zahl von Beteiligten macht allen deutlich, dass durchaus auch andere als nur die eigenen Interessen berücksichtigt werden möchten. Zudem kann in dem Falle, dass eine Interessengruppe ihr Klientel besonders gut mobilisieren konnte, deren Dominanz leichter relativiert werden. Mit einem angemessenen Umgang mit Pluralität und Diversität von Werten, Lebens- und Zukunftsentwürfen steht und fällt eine nachhaltige Bürgerbeteiligung.

Einwände gegen diese These

Diese These sieht sich allerdings einer Reihe von ernst zu nehmenden Einwänden ausgesetzt, mit denen ich mich im folgenden auseinander setzen will.

<ol style="list-style-type: none"> 1. Sehr unterschiedliches Teilnahmeinteresse – Desinteresse bei der Mehrzahl der Bevölkerung. 2. Soziale Schräglage in der Beteiligung: Bildungsabhängigkeit von Wollen und Können (z.B. Artikulationsfähigkeit in der Öffentlichkeit) 3. Höherer sozialer Status besitzt mehr frei verfügbare Zeit. 4. Abnahme der Motivation nach längerer Zeit 5. Konstanz der Teilnahme oft nur schwer gegeben. 	<p>1. Fähigkeit und Bereitschaft zur Bürgerbeteiligung ist sehr stark sozial, bildungsabhängig und schichtenspezifisch bedingt.</p>
<ol style="list-style-type: none"> 6. Sehr unterschiedliche Interessen in der Bevölkerung. Wie soll man sie auf einen Nenner bringen? Gibt es überhaupt „die“ Bevölkerung? 7. Streitlust der Teilnehmer. 8. Eine zu große Anzahl der Bevölkerung ist in einem Beteiligungsprozess nicht mehr überschaubar und handhabbar. Eine zu kleine Anzahl gibt keinen Aufschluss über die Wünsche der Betroffenen. 	<p>2. Wie kann man in einer heterogenen Gruppe überhaupt zu einem Konsens kommen?</p>
<ol style="list-style-type: none"> 9. Inflation von Wünschen – Frustration wg. Nichterfüllbarkeit der Wünsche. 10. Spendierfreudigkeit/keine Ausgabendisziplin der Bevölkerung. 	<p>3. Bevölkerung tendiert zur Verantwortungs- und Maßlosigkeit.</p>
<ol style="list-style-type: none"> 11. Wenig fachliche Kompetenz – fachliche Kompetenz nur bei Experten vorhanden. 12. Viele Projekte, insbes. Großprojekte sind zu komplex und umfangreich für Otto-Normalverbraucher 	<p>4. Zu hohe Komplexität von Projekten für normale Bevölkerung</p>
<ol style="list-style-type: none"> 13. Finanzielle Kosten von Bürgerbeteiligung. 14. Zeitlicher Mehraufwand durch Beteiligung. 	<p>5. Zusätzliche Kosten für Beteiligung – steht dieser Aufwand im Verhältnis zum Nutzen?</p>
<ol style="list-style-type: none"> 15. Es gibt bereits genügend Beteiligungsmöglichkeiten: Geregelt Verfahren; Bürgerbegehren und –entscheid 	<p>6. Reichen die vorhandenen Verfahren aus?.</p>

Im folgenden will ich diese sechs Einwände (rechte Spalte der Tabelle) der Reihe nach durchgehen und diskutieren. Dabei stütze ich mich sowohl auf eigene Erfahrungen, die ich in den vergangenen 20 Jahren in einem knappen Dutzend zumeist sehr kontroverser beteiligungsorientierter Konfliktmanagement-Verfahren gemacht habe, als auch auf Erfahrungen aus Literatur und vielen Kollegen- und Kolleginnen-Gesprächen.

Vorab eine knappe **Formulierung der Leitidee**, die jeder guten Bürgerbeteiligung als Richtschnur dienen muss:

Eine gute Bürgerbeteiligung geht vom mündigen Bürger als sozialem Lebewesen aus und achtet strikt die Würde des Menschen. Insofern sind im Umgang mit den beteiligten Bürgern und auch der Bürger untereinander Manipulation, Täuschung, Zwang, Druck, Erniedrigung,

Lächerlichmachen o.ä. absolut auszuschließen. Vielmehr ist für das Miteinandergehen unverzichtbar: ein Umgang auf gleicher Augenhöhe, ggf. ein Hinführen dazu durch Persönlichkeitsstärkung und empowerment benachteiligter Gruppen, Freiwilligkeit in allen Aktivitäten, ein rücksichtsvoller Umgang untereinander, Toleranz und Geduld. Da sich diese Einstellungen und Handlungsweisen im Zusammenleben der Menschen nicht naturwüchsig ergeben, insbesondere wenn wie bei Bürgerbeteiligung von vornherein Konflikte erwartbar sind, wird es Moderatoren geben müssen, die auf die Einhaltung solcher Umgangsformen hinwirken müssen. Eine Bürgerbeteiligung, die diese Grundsätze nicht ständig ausstrahlt, hat keine Chance, die soeben aufgezählten Probleme zu bewältigen.

Wie können die genannten Probleme bewältigt werden?

Zu 1: Fähigkeit und Bereitschaft zur Bürgerbeteiligung ist sehr stark sozial, bildungsabhängig und schichtenspezifisch bedingt – und die Bereitschaft ist keineswegs ein Selbstgänger!

- Möglichst niedrigschwellige Veranstaltungen zu Beginn; Abbau aller hinderlichen Barrieren
- Versuche, an benachteiligte Personen oder Gruppen in besonderer Weise heran zu kommen und sie zum Mitmachen zu bewegen
- Freundliches Klima schaffen
- Versuch, die TeilnehmerInnen (TN) in freundschaftliche Beziehungen untereinander zu bringen, um Dauerhaftigkeit zu befördern
- Selbstwertgefühl stärken
- Herstellung eines kommunikativen Klimas: Alles darf gesagt werden, keine Denk- und Sprechverbote
- Sicherheit in Bezug auf soziale Anerkennung geben: „Hier blamiert man sich nicht.“
- Ansprechen der je eigenen Bedürfnisse in Bezug auf das Projekt
- Diversität unter den TN (jeder kann etwas beitragen, je unterschiedlicher umso besser) als etwas Produktives erleben zu lassen
- Schnelle Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen. (Hinweis auf die Dissertation von Jens Maßlo: Jugendliche in der Politik. Chancen und Probleme einer institutionellen Jugendbeteiligung am Beispiel des Kinder- und Jugendbeirats der Stadt Reinbek¹): Maßlo kann gut herausstellen, dass dieser Beirat nach zwei Jahren deshalb schon wieder scheiterte, weil den Jugendlichen eben diese Selbstwirksamkeitserfahrungen im kommunalpolitischen Alltag vorenthalten wurden. Die einschlägigen Interviewäußerungen der Jugendlichen dazu sind geradezu klassisch. Vgl. dazu auch das Fazit der wissenschaftlichen Begleitgruppe der „Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Verwaltungsreform“ in Rheinland-Pfalz: „Die Begleitforschung zeigt..., dass selbst zu dem wenig aufregend erscheinenden Thema einer Kommunal- und Verwaltungsreform Umfang und Art der Beteiligung positiv aufgenommen werden, verbunden allerdings mit der Skepsis, inwieweit der Bürgerwille letztlich auch ernst genommen wird.“²
- Keine intellektuellen oder emotionalen Überforderungen
- Neugier auf den weiteren Fortgang der Beteiligung wecken
- Spaßfaktoren einbauen
- Heutige übliche Verfahren wie Open space, World Café u.a., die einen ersten Zugang zu einem Beteiligungsverfahren ermöglichen sollen, berücksichtigen diese Forderungen in gutem Maße.

¹ Wiesbaden: VS-Verlag 2010; Maßlo hat mit dieser Arbeit bei mir promoviert.

² Sarcinelli, Ulrich, u.a.: Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Verwaltungsreform, in: APuZ 78/2011 v. 14.2.1022, S.32-39, S.39

Die Bertelsmann Stiftung³ hat vor kurzer Zeit eine Zusammenstellung von mehr als 40 Beteiligungsmodellen vorgelegt und 16 davon intensiver hinsichtlich ihrer Zielvorstellungen, Voraussetzungen, Verfahren und Anwendungsbereiche charakterisiert. Und es ließen sich noch eine Reihe weiterer Modelle hinzufügen. Ich kann hier nicht im einzelnen auf solche Modelle eingehen. Zentrale Voraussetzung für die Orientierung auf dem Angebotsmarkt ist eine klare Zielsetzung dafür, was mit einer Bürgerbeteiligung in einem gegebenen Konfliktfall erreicht werden soll. Dann erst kann sinnvoll über die Auswahl der einen oder anderen Beteiligungsform oder – was viel häufiger geboten sein wird – über eine Mischform befunden werden. „Dank der Vielfalt der Beteiligungsformen gibt es inzwischen für nahezu jedes Ziel auch den passenden (methodischen) Weg.“⁴

Zu 2: Wie kann man in einer heterogenen Gruppe überhaupt zu einem Konsens kommen?

- Keinen Konsens durch Zwang, moralischen Druck o.ä. herstellen wollen.
- Auf Einhaltung vorher gemeinsam verabredeter Fairness-Regeln im Umgang miteinander als Moderator bestehen. (Beispiel: Öffentliches Protokoll zur „Disziplinierung“ des Umgangs miteinander).
- Klaren Zeitrahmen verabreden, aber keinen Zeitdruck aufbauen!
- Unterschiedlichkeit als etwas Selbstverständliches behandeln.
- Gemeinsame Prozesse des Konfliktmanagements herstellen,
- dabei gleiche „Augenhöhe“; Herstellung von Vertrauen (durch vertrauensbildende Maßnahmen);
- Verschränkung der Perspektiven: d.h.
- Je eigenen Standpunkt klären: Wie kann ich ihn einem anderen vermitteln? Wo sind meine Grenzen, wo bin ich beweglich? Was sind meine Werte? Meine Zukunftsvorstellungen? Wie sehe ich die Gegenwart?
- Versuchen, die TN zu einem Perspektivenwechsel zu ermutigen: Was denkt der andere (die andere Seite)? Was denkt er, wie ich wohl denke? (Bedeutung Dialogischer Interviews vorab⁵)

Ein Moderator hat also ganz andere Aufgaben zu erfüllen als jemand, für den Bürgerbeteiligung sich weitgehend im An-Mann-Bringen von Information abspielt. Ich kann es nicht eindeutig belegen, werde aber den Verdacht nicht los, dass zunehmend Marketing-Firmen Ausschreibungen für Bürgerbeteiligung gewinnen, deren Schwerpunkte eher im Verkaufen von Ideen als in der Vermittlung kontroverser Interessen liegen.

- Wie weit scheint mir der Konflikt bereits eskaliert? Ist Deeskalation überhaupt erwünscht?
- Wie könnte eine win-win-Lösung aussehen? Gönne ich dem anderen den „Gewinn“? Glaube ich, dass er ihn mir gönnt?
- Einen nicht überbrückbaren Dissens als solchen im Konsens festlegen.
- Einübung in diese Verhaltensweisen schon möglichst früh beginnen: Kinder- und Jugendlichenbeteiligung (Schulprojekt-Dissertation von Christoph Busch: Konfliktbearbeitung an Schulen durch demokratiepädagogische Jugendforschung. Die

³ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Politik beleben – Bürger beteiligen. Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle, Gütersloh 2010

⁴ A.a.O., S.55

⁵ Vgl. dazu Wolfgang Gessenharer: Bürgerbeteiligung vor Ort als Strategie gegen Rechtsextremismus. Einige Erfahrungsreflexionen, in: Henrique Otten und Manfred Sicking (Hg.): Kritik und Leidenschaft. Vom Umgang mit politischen Ideen, Bielefeld: transcript Verlag 2011, S.117-131, S.124ff

Dialogische Selbstbeobachtung an Schulen und in ihrem sozialen Umfeld⁶): Schüler als praktische Sozialforscher in ihrem sozialen Nahraum als Forschungsfeld

- Weiterführung durch „Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Arbeitsbereich Demokratiepädagogik“, z.B. dokumentiert in einer mehrtägigen Tagung in HH Ende Okt. 2010 zum Thema „Bildung durch Beteiligung“. Großer Bedarf bei Schülern der Oberstufe vorhanden im Bereich „Demokratiepädagogik“.
- Vgl. mein Projekt Jugend- und Kinderbeteiligung⁷.
- Wie wichtig ist InternetKommunikation? Wird immer unverzichtbarer, dennoch: Bei allen Verhandlungsphasen sind face-to-face-Kontakte sehr hilfreich, wenn nicht unersetzlich!

Zu 3: Bevölkerung tendiert zur Verantwortungs- und Maßlosigkeit

- In Beteiligungsprozessen, in denen kein Gegeneinander, sondern sich zunehmend ein Miteinander herausstellte, ist meine Erfahrung, die von vielen anderen geteilt wird, dass es „nichts sparsameres als die Bürger“ gibt, wenn sie erst einmal eine verantwortliche und selbstbewusste Rolle in einem Beteiligungsverfahren einnehmen können. (Beispiel: Stadtkämmerin in einer Kleinstadt: „Also da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen, das kriegen wir finanziell schon gewuppt.“)
- Allerdings müssen die Politiker, Experten usw. mit offenen Karten spielen und in ihren finanziellen Aussagen transparent und vertrauenswürdig sein.

Zu 4: Zu hohe Komplexität von Projekten für normale Bevölkerung?

- Wichtig, ein großes Projekt in vernünftige Teile zu portionieren; sachlich sinnvoll, aber auch den Interessen der Beteiligten entsprechend. Immer wieder versuchen, Synopsen herzustellen.
- Zentral, bei den Experten eine laienverständliche Sprache einzufordern (vgl. Geissler).
- In Planungszelle u.a. Verfahren Unterrichtung der TN durch Experten sehr erfolgreich!
- In Dialogen zwischen Experten und Laien, die von gegenseitiger Achtung geprägt sind, können oft interessante neue Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.
- Durch Nachfragen seitens der Laien werden oft Dissensen zwischen den Experten erst sichtbar.
- Jedes noch so komplexe Projekt hat vielfältige Einflüsse auf die Lebenswelt der Bevölkerung: Hier hat die Bevölkerung als Experten vor Ort ein Wissen, das von keinem Experten eingebracht oder gar übertroffen werden kann. Hier wären Bürgerpanels (regelmäßig wiederholt) hilfreich.

Zu 5: Zusätzliche Kosten für Beteiligung – steht dieser Aufwand im Verhältnis zum Nutzen?

- Beteiligungsverfahren verursachen im Normalfall Kosten, die im eher unteren Promillbereich der Projektkosten stehen (Bei meinem Messeprojekt in Hamburg: 1,7 Promill der Projektkosten).
- Beteiligungsverfahren kosten sicherlich am Anfang Zeit; dann aber reduzieren sich die Zeitansätze; nicht zuletzt deshalb, weil mit zunehmendem Konsens Zeit gespart wird.

⁶ Hamburg. LIT Verlag 2007; Busch hat mit dieser Arbeit bei mir promoviert.

⁷ Wolfgang Gessenharter: Politische Partizipation Jugendlicher – ein Projekt-Vorschlag. Zum downloaden: www.prof-gessenharter.de; dort unter „Projektarbeit“.

- Win-win-Lösung ist stabil, wird nicht aufgekündigt. Es fallen keine juristischen Prozesskosten an. Es finden keine Verzögerungen gegenüber den Planungen statt. Alle können vorausschauend und gesichert planen. In Hamburg Messeplanung und -modernisierung ohne einen einzigen juristischen Prozess über insgesamt 9 Jahre gelaufen.
- (Der gerne zu Scherzen aufgelegte Erfinder der Planungszelle, einem auch international sehr bewährten Beteiligungsmodell, der bereits verstorbene Sozialwissenschaftler Peter C. Dienel hat einmal überschlagsmäßig ausgerechnet, dass die Kosten dafür, den Hamburger Flughafen dann doch nicht nach Kaltenkirchen verlegt zu haben, sich etwa auf 300 Mill. DM und etwa 30 Jahre Planungszeit beliefen. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung hätte Bruchteile davon gekostet und dasselbe Ergebnis gebracht.)

Zu 6: Reichen die vorhandenen Verfahren aus?

- Die gesetzlich bereits vorgesehenen Anhörungs- und Einspruchsverfahren sollten nicht abgeschafft, sondern um die hier gemeinten Beteiligungsprozesse erweitert werden. Volksbegehren und Volksentscheide sollten als letztinstanzliche Entscheidungsverfahren dienen, wenn anders keine Legitimation mehr erreicht werden kann. Gerade darin, dass die von mir hier behandelten Beteiligungsformate juristisch nicht festgelegt sind, liegt ihre Wendigkeit und Anpassungsfähigkeit, die sie so hilfreich in Konfliktsituationen macht. Und selbst, wenn am Ende keine win-win-Lösung oder ein anderer Kompromiss steht, sind die Ergebnisse dieser Beteiligungsprozesse, die dokumentierten Sichtweisen der Kontrahenten, dessen, was sie wollen oder auf gar keinen Fall wollen, sowie alle im Verlauf der Verhandlungen gewonnenen Erkenntnisse und Daten, ja nicht wertlos für das weitere Planungs- und Entscheidungsverfahren. Und sollte wirklich keine Lösung für den Konflikt in Sicht sein, dann, aber auch erst dann sollte das Instrument des Bürgerentscheids greifen, das dann sicherlich viel fundierter verlaufen kann.

Eine weitere Erfahrung muss noch angesprochen sein: Gut laufende Beteiligungsverfahren werden von vielen Medien nach dem Motto behandelt: good news are bad news. Sie stehen also nicht hoch im Nachrichtenkurs. Gibt es aber Skandale, gegenseitige Beschimpfungen usw., steigt der Nachrichtenwert: bad news are good news. Durch diese Tendenz sollte man sich nicht den Eindruck aufzwingen lassen, Beteiligungsprozesse seien im großen Ganzen erfolglos. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Zusammenfassung

Ich kann meine Referatsthese in zwei Sätzen zusammenfassen, die ich das Jacken-Zuknöpf-Theorem nennen möchte:

Stellen Sie sich vor eine Jacke mit vielen Knöpfen. Wenn ich, von unten zuknöpfend, einen Knopf auslasse, komme ich oben ganz sicher falsch an, auch wenn ich in der Mitte der Jacke richtig knöpfe und glaube, alles korrekt zu machen.

Stuttgart 21 ist dafür das beste Beispiel. Geissler hätte den Planungs- und Entscheidungsstand quasi auf Null drehen müssen – eine nach heutigen Verhältnissen utopische Vorstellung. So wird es bei einem Großprojekt bleiben, das noch viele Frustrationen, viel Ärger bringen, viele Kosten an manpower, Geld und Zeit verschlingen wird. Ob dann ein Volksentscheid wirklich allgemeine Befriedung herbeiführen kann, ist für mich sehr fraglich. Stuttgart 21 wird aber alle zukünftigen Großprojekte in ein Zwielicht von gegenseitigem Misstrauen tauchen, es wird jenen Munition geben, die immer noch das Motto von Chicago als zielführend betrachten und den technologischen Absturz Deutschlands im internationalen Vergleich

heraufbeschwören. Ich möchte mit meinen Ausführungen einer unaufgeregteren Sichtweise Raum geben, die Realitätssinn und Zukunftssicht miteinander verbindet.

Ich bin der festen Überzeugung, dass unsere Gesellschaft, die ja dem Prozess zunehmender Pluralisierung, ja vielleicht sogar Fragmentarisierung nicht ausweichen kann, gut beraten ist, wenn sie wo überhaupt nur möglich ihre Bürgerinnen und Bürger, vor allem auch die jungen, in die Konfliktlösungsprozesse mit einbezieht. Die Instrumente dafür sind vorhanden. Die möglichst frühe und umfassende Beteiligung der Bevölkerung an Großprojekten, generell an gesellschaftlichen Konflikten, wird – obgleich sie ganz sicher „keine politische Harmonieveranstaltung“⁸ sein wird – deren nachhaltiger Lösung zuträglich sein und der Gesellschaft als demokratischem Gemeinwesen nur gut tun!

⁸ S. Sarcinelli, a.a.O., S.38